

STEFANIE FISCHBACH

# DIE ÄGYPTISCHE REVOLUTION IST NOCH NICHT ZU ENDE

Auf dem Tahrir-Platz wurde nicht nur für politische Freiheiten, sondern auch für soziale Gerechtigkeit und Würde gekämpft. Die wachsende ökonomische und soziale Ungleichheit hat zum Entstehen einer Arbeiterbewegung geführt die nicht nur das Herz, sondern auch der Ursprung der ägyptischen Revolution ist. Die Kämpfe der Arbeiterbewegung waren seit Jahren das Zentrum des Widerstandes gegen das Mubarak-Regime und die Arbeiter<sup>1</sup> haben mit ihrem Generalstreik wesentlich zu dessen Ende beigetragen. Doch nach dem Sieg über Mubarak stehen der Arbeiterbewegung neue Herausforderungen bevor. Trotz einiger Erfolge ist es noch keineswegs ausgemacht, dass die neu etablierten unabhängigen Gewerkschaften zu einer zentralen politischen Kraft werden und ihr soziales Programm durchsetzen können.

## «FREIHEIT, WÜRDE UND SOZIALE GERECHTIGKEIT» – DIE REVOLUTION UND DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Scheinbar spontan, organisiert mit Hilfe der sozialen Medien, über Klassengrenzen hinweg und viele politische Strömungen vereinigend, folgten die Ägypter am 25. Januar 2011 dem tunesischen Vorbild und erzwangen innerhalb von nur 18 Tagen mit ihrer Forderung nach Freiheit, Würde und sozialer Gerechtigkeit den Rücktritt des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak. Die Beteiligung der verschiedenen Klassen an den Protesten gegen Mubarak zeigte die weitreichende Entfremdung der ägyptischen Gesellschaft gegenüber dem Mubarak-Regime. Selbst in Zamalek, einem Stadtteil in Kairo, in dem überwiegend die Mittel- und Oberschicht lebt, protestierten während des Aufstands tausende von Menschen gegen das Regime.

Der klassenübergreifende Charakter der Proteste erklärt zumindest teilweise den schnellen Fall des Regimes: Ein System, das über Klassen hinweg mit solch einem laut geäußerten, auf die Straße getragenen Legitimitätsverlust konfrontiert ist, hat seine wichtigsten Stützpfeiler verloren und ist nicht mehr überlebensfähig. Die tunesische Revolution hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, in der Masse der Bevölkerung ein Bewusstsein dafür entstehen zu lassen, dass durch kollektives Handeln eine andere Welt möglich ist. Aber sowohl die Auffassung, die Massen hätten sich gleichsam spontan erhoben, als auch die Vorstellung, die ägyptische Revolution sei eine Revolution der sozialen Medien, verschleiern den Ursprung, den Charakter und die Akteure dieser Revolution. Twitter und Facebook waren ab einem ge-

wissen Zeitpunkt ein zusätzliches und unterstützendes Instrument für die dezentral organisierte Opposition. Aber weder ersetzten sie den Gang auf die Straße und die Konfrontation mit den Sicherheitskräften, noch waren die oppositionellen Gruppen in all ihren Teilen und von Anfang an über die soziale Medien vernetzt. Möchten wir etwas über die Kräfte erfahren, die wesentlich zu dieser Revolution beigetragen haben, müssen wir uns der Zeit vor Facebook und Twitter zuwenden. Wichtige Auslöser für das Entstehen der ägyptischen Opposition lagen zunächst außerhalb Ägyptens. In der britischen Zeitung *Guardian* argumentierte der Blogger und Journalist Hossam El-Hamalawy sehr nachvollziehbar, dass die Aufstände in Ägypten einen Teil ihrer Wurzeln in der zweiten palästinensischen Intifada (ab September 2000) und im Krieg gegen den Irak haben: «Die von Al-Dschasira und anderen Satellitensendern ausgestrahlten Szenen der palästinensischen Revolte oder der von den USA angeführte Angriff gegen den Irak haben Aktivisten in ganz Ägypten ermutigt, die Mauer aus Angst Stein um Stein abzutragen.»<sup>2</sup>

Kriegsgegner und Palästinaaktivisten gründeten das Popular Committee for the Support of the Palestinian Intifada und die Kifaya-Bewegung. Beide Organisationen brachten verschiedene politische Strömungen – von Sozialisten und Liberalen über Nationalisten bis zu radikalen Muslimen – zusammen

<sup>1</sup> Es wird ausdrücklich betont, dass stets Personen weiblichen und männlichen Geschlechts gleichermaßen gemeint sind; aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung wird im Folgenden fast ausschließlich die männliche Form verwendet. <sup>2</sup> El-Hamalawy, Hossam: Egypt's revolution has been 10 years in the making, *The Guardian*, 02. März 2011, <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/mar/02/egypt-revolution-mubarak-wall-of-fear>.

und wirkten als Anziehungspunkt für den wachsenden Unmut über Mubarak. Weitere Geschehnisse, die zu einer Mobilisierung oppositioneller Kräfte führten, waren die Ermordung des Bloggers Khaled Said in Alexandria durch Polizisten. Said hatte ein Video veröffentlicht, das zeigt, wie Polizisten nach einem Polizeieinsatz die erbeuteten Drogen unter sich verteilten. Ein weiterer Katalysator war der offenbare Wahlbetrug der herrschenden Nationaldemokratischen Partei (NDP) in den Parlamentswahlen 2010.

Insbesondere in den letzten Jahren entstanden Jugendorganisationen wie *We are all Khaled Said* und die *Bewegung 6. April*, die auch Ausstrahlung auf bisher unpolitisierte Menschen haben. Zum Verständnis der oppositionellen Kräfte in Ägypten muss der Blick aber auch auf die Kräfte geworfen werden, von denen die wenigsten Zugang zu modernen Informations- und Kommunikationstechnologien haben: Die Arbeiterbewegung, die spätestens seit 2006 als relevanter Akteur und Hort regimekritischer Opposition auftritt und in der Revolution eine entscheidende Rolle spielt.

Als eine überwältigende Anzahl von Arbeiterinnen und Arbeitern am 7. Februar in privaten und öffentlichen Betrieben dem Streikaufruf der unabhängigen Arbeiterbewegung Folge leistete, war das Ende des Regimes besiegelt. Arbeiter und Arbeiterinnen waren von Anfang an an den Protesten gegen Mubarak beteiligt. Ab dem 7. Februar nutzten sie aber ihre strategische Position. Mehrere Millionen folgten dem Aufruf zum Generalstreik: Beamte, Eisenbahnarbeiter, Busfahrer, Stahlarbeiter, Textilarbeiter, Ärzte und viele mehr legten ihre Arbeit nieder. Hunderte von Betrieben und Institutionen müssen ihre Arbeit einstellen. Der Streikaufruf der Gewerkschaften gibt der Demokratiebewegung maßgeblich Auftrieb, umgekehrt sieht die Arbeiterbewegung jedoch auch die Protestbewegung als eine neue Plattform, ihren Forderungen nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen Ausdruck zu verleihen.

### **DER LANGE WEG DER REVOLUTION: STREIKS UND ARBEITERPROTESTE**

«Hier sind die Frauen, wo sind die Männer?» Mit diesem Ruf stürmten im Jahr 2006 ca. 3.000 Arbeiterinnen der Ägyptischen Textilgesellschaft (Ghazl Al-Mahalla) in Al-Mahalla Al-Kubra, mit 27.000 Beschäftigten die größte Textilfabrik der Region, die gesamte Produktionsanlage und lösten eine noch nie dagewesene Streikwelle in ganz Ägypten aus.

Als direkte Reaktion auf die Privatisierungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen ist seit Ende der 1990er Jahre in Ägypten eine Zunahme an Arbeiterprotesten und Streiks zu beobachten. Bereits zuvor (1984 in Kafr Al-Dawwar, 1989 in Helwan und 1994 wieder in Kafr Al-Dawwar) war es zu Arbeiterprotesten gekommen, die von den Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen wurden. Arbeiter und Arbeiterinnen wurden geschlagen, verhaftet, gefoltert und getötet.

Im neuen Jahrtausend erreichten die Arbeiterproteste einen neuen Höhepunkt. In den Jahren zwischen dem Regierungsantritt des Premierministers Ahmed Nazif 2004 und dem Jahr 2010 wurden 3.000 Arbeitskämpfe mit einer Beteiligung von insgesamt 2 Millionen Arbeitern durchgeführt. Talal Schukur, Gründungsmitglied und stellvertretender Vorsitzender des unabhängigen Gewerkschaftsdachverbands, betont, dass Arbeiterinnen und Arbeiter nicht nur aktiv an der Revolution teilgenommen, sondern sie seit dem Jahr 2006 vorbereitet

haben. Insbesondere der Streik in der nördlich von Kairo im Nildelta gelegenen Stadt Mahalla wurde in den folgenden Jahren zum Symbol des wachsenden Widerstandes und Kampfes für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. In der Retrospektive wird Mahalla zum Geburtsort der ägyptischen Revolution. Die Textilarbeiterinnen bewegten ihre männlichen Kollegen zur Teilnahme an einem dreitägigen Streik, an dessen Ende die Forderung nach Auszahlung von versprochenen Boni erfüllt wurde.

Der Erfolg motivierte alle Textilarbeiter im Nildelta und in Alexandria mit den gleichen Forderungen in den Streik zu treten. In den folgenden Monaten entfaltete die Streikwelle<sup>3</sup> ihre volle Wucht und riss auch Beschäftigte außerhalb der klassischen Arbeiterschicht mit. Nicht nur Zugfahrer, Stahlarbeiter und Zementarbeiter, sondern auch Beamte, Ärzte, Universitätsprofessoren und Studierende folgten dem Beispiel von Mahalla. Für Aufsehen sorgte insbesondere der dreimonatige Streik der 55.000 Steuereintreiber. Der Protest einer Delegation von 5.000 Arbeitern mit ihren Familien vor dem Regierungsgebäude erreichte eine Lohnerhöhung um 300 Prozent.

Ein weiterer Höhepunkt ist der April 2008 und wieder ist Al-Mahalla Al-Kubra das Zentrum des Aufstandes. Auslöser sind die steigenden Preise für Lebensmittel, insbesondere für Brot, ein wichtiger Bestandteil der Ernährung. Als die Textilarbeiter der Ghazl Al-Mahalla zu einem Streik für einen Mindestlohn von 1.200 EGP (ca. 150 Euro) und die Einlösung bisher nicht erfüllter Versprechen der Unternehmensführung aufrufen, wird die Fabrik von Sicherheitskräften besetzt. Die Unternehmer erfüllen einen Teil der Forderungen und der Streik kommt nicht zustande. Aber nach dem Schichtwechsel am 6. April begannen Arbeiter und städtische Arme einen Protestmarsch durch die Stadt. Auch am darauffolgenden Tag fanden sich mehrere Tausend zu den Protesten ein. Wie bereits 2006 forderten die Protestierenden öffentlich den Rücktritt des Präsidenten Hosni Mubarak. Das Regime reagierte mit Repression. In den zwei Tagen wurden sechs Menschen getötet, hundert verletzt und 200 verhaftet.<sup>4</sup> 49 Aktivistinnen und Aktivisten wurden vor einem Sondergericht unter anderem aufgrund von Aussagen angeklagt, die zum Teil unter Folter gemacht wurden. Die Bewegung 6. April beruft sich auf dieses Ereignis.

Laut Ägyptenkenner Joel Beinin<sup>5</sup> (Stanford University, USA) bestand die neue Qualität der Proteste seit Ende der 1990er Jahre darin, dass sie an Kontinuität gewannen, quasi den Charakter einer sozialen Bewegung bekamen und trotz des weiterhin gewalttätigen Vorgehens der Sicherheitskräfte auch Erfolge verzeichneten. Dass manchen Forderungen nachgegeben wurde, erklärt Beinin damit, dass Ägypten trotz der Lohnsteigerung in den letzten Jahren ausländische Investoren mit im regionalen Vergleich nach wie vor niedrigen Löhnen anwerben konnte. Ein den Produktionsprozess behinderndes Vorgehen der Sicherheitskräfte hätte ausländische Investoren eher abgeschreckt. Andere Forderungen, wie die der ArbeiterInnen von Mahalla nach Beendigung des

<sup>3</sup> El-Hamalawy, Hossam (2008): Resistance in Egypt, Marxism Conference, London, <http://www.youtube.com/watch?v=EfF0ne18yzk>. <sup>4</sup> International Trade Union Conference (2009): Annual Survey of Trade Union Rights, Egypt, <http://survey09.ituc-csi.org/survey.php?IDContinent=1&IDCountry=EGY&Lang=EN> <sup>5</sup> Vgl. Beinin, Joel, in: Carnegie Endowment for International Peace (2010): Transcript: Labour Protest Politics and Worker Rights in Egypt, Washington D.C., S. 4. <sup>6</sup> Ebd., S. 8.

automatischen Lohnabzugs von Beiträgen für die regimetreue Gewerkschaft und Abhaltung von demokratischen Neuwahlen der Gewerkschaftskomitees, verhalten jedoch. Die strategische Bedeutung der Kontrolle der Arbeiter über die gelben Gewerkschaften war zu wichtig.<sup>6</sup>

Der offizielle Gewerkschaftsdachverband, die *Egyptian Trade Union Federation (ETUF)*, konnte auf eine lange Geschichte der Beteiligung an der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und Niederschlagung von Arbeiterprotesten zurückblicken. Korruption und die Zweckentfremdung finanzieller Mittel, die den Arbeitern zwangsweise vom Lohn abgezogen wurden, waren auch in dieser Organisation gang und gäbe. Seiner regimetreuen Haltung blieb die Gewerkschaft bis zuletzt treu. Während sich die offiziellen Gewerkschaften in Tunesien im Zuge der Proteste sehr früh von dem Regime Ben Alis distanzieren und an der demokratischen Bewegung beteiligten, rief der ägyptische Dachverband bis zuletzt zur Loyalität mit Mubaraks Regime auf und beteiligt sich bis heute an Versuchen der konterrevolutionären Bewegung, die Protestbewegung niederzuschlagen.<sup>7</sup>

Die im Vergleich zu Tunesien ausgeprägte Unfähigkeit des ägyptischen Gewerkschaftsdachverbands, sich nach der Revolution auf die neuen Tatsachen einzustellen, ist darauf zurückzuführen, dass der Dachverband auf das engste mit der Nationaldemokratischen Partei verknüpft ist. Dem Gewerkschaftsdachverband bleibt nichts anderes übrig, als dem alten Pfad zu folgen in der Hoffnung, dass die alten Stützpfeiler des Mubarak-Regimes auch weiterhin Bestand haben werden.

Die Arbeiterbewegung hat sich daher weitgehend parallel und im Widerstand zur offiziellen Gewerkschaft entwickelt. Immer wieder gab es Versuche des Staates, den Widerstand der Arbeiter und Arbeiterinnen zu brechen: Aktivisten mussten mit Repressionen rechnen, die von Inhaftierung bis zu Ermordung reichten. Beispiele hierfür sind nicht nur das geschilderte brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte im April 2008. 2007 wird das *Center for Trade Union and Workers Services (CTUWS)*, das 1990 nach den Streiks in der Stahl- und Eisenindustrie gegründet wurde, um die Rechte von Arbeitern zu verteidigen und Weiterbildung und Unterstützung für Arbeiter anzubieten, für ein Jahr geschlossen. 2010 wird gegen Ali Fetouh, Arbeiteraktivist und heute führender unabhängiger Gewerkschafter bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben in Kairo, Anklage erhoben. Ihm wird der Aufruf zum Streik, die Anprangerung der schlechten Arbeitsbedingungen und der unhygienischen Verhältnisse im Betriebskrankenhaus sowie die Beschimpfung des Vorsitzenden der offiziellen Gewerkschaft und des Geschäftsführers der Verkehrsbetriebe vorgeworfen. Diese Anklage wird auch nach der Machtübernahme des Militärs – also nach dem Rücktritt Mubaraks – noch aufrecht erhalten.

Trotz dieser Repressionen konnte sich die Arbeiterbewegung in Ägypten als starke und basisdemokratische Kraft etablieren. Beschränkten sich die Proteste der verschiedenen politischen Gruppierungen bis vor kurzem auf wenige hundert Teilnehmer, waren die Arbeiteraktivisten in der Lage, durch ihre Arbeit an der Basis manchmal Zehntausende zu mobilisieren. Zudem gelang es, diese Bewegung noch vor der Revolution in gewissem Maße zu institutionalisieren. Im Anschluss an die Streiks von 2006 wurde im Jahr 2008 die erste unabhängige Gewerkschaft (RETA – Real Estate Tax

Authority Trade Union) gegründet. In den folgenden Jahren schlossen sich Gründungen der Rentnergewerkschaft, der Gewerkschaft für den Gesundheitssektor und schließlich der Lehrgewerkschaft an.

## HINTERGRÜNDE: NEOLIBERALISMUS IN ÄGYPTEN

Die Zunahme von Arbeiterprotesten und Streiks war eine direkte Reaktion auf die neoliberale Politik der letzten beiden Jahrzehnte. Bereits unter Präsident Anwar Sadat (1970–1981) begann die Abkehr vom autoritären Staatskapitalismus und die Hinwendung zu einem autoritären Marktkapitalismus. Aufgrund einer durch massive Budgetdefizite und Auslandsverschuldung verursachten Krise wurde 1991 unter Mubarak mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank das Economic Reform and Structural Adjustment Program (ERSAP) vereinbart. In der Folge entfaltete sich ein Privatisierungsprogramm gigantischen Ausmaßes. Es öffnete der ungebremsten Selbstbereicherung der Eliten Tür und Tor, während die große Mehrheit der Bevölkerung mit einer zunehmenden Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert war.

Von den mehr als 300 zur Privatisierung freigegebenen Betrieben wurden bis 2002 190 verkauft. Insbesondere unter der Regierung Ahmed Nazif (2004–2011) verschärfte sich nicht nur das Privatisierungstempo deutlich<sup>8</sup>, auch die Verquickung von Wirtschaft und Politik nahm neue Ausmaße an<sup>9</sup>: Die ägyptische Privatisierungspolitik war von Beginn an davon geprägt, dass nur eine kleine Anzahl regimenahe Unternehmer von dem Verkauf staatlicher Unternehmen und der Gewährung von Handelslizenzen profitierten. Die monopolistischen und oligopolistischen Strukturen des Staates wurden im Wesentlichen beibehalten, aber eben in die privaten Hände nur weniger Geschäftsleute gelegt. Die neue Qualität der Nazif-Regierung bestand darin, dass die im Zuge der Privatisierungspolitik neu entstandene Wirtschaftselite nun auch politische Funktionen übernahm.<sup>10</sup> Beispiele waren Transportminister Mohamed Mansour, Wohnungsbauminister Ahmed Maghrabi und Industrieminister Mohamed Rashid. Sie alle sind Angehörige von Familien, die zu den reichsten Ägyptens gehören. Dieser Kreis von Geschäftsleuten verstand es sehr gut, sowohl auf legalem als auch illegalem Weg diese Position zum eigenen Vorteil zu nutzen.

Die Beispiele für die Nutzung des exklusiven Zugangs zu Regierungszirkeln für die Mehrung eigenen Reichtums und dem privaten Erwerb gesellschaftlichen Eigentums sind zahlreich. Nicht nur dem Stahlbaron Ahmed Ezz, als Vorsitzender des Sekretariats für Organisatorische Angelegenheiten und als Mitglied des Generalsekretariats eines der einflussreichsten Mitglieder der NDP, werden heute zahlreiche Handlungen vorgeworfen, die zur Erlangung und Beibehaltung seiner Monopolstellung im ägyptischen Stahlsektor beigetragen haben. Der gesellschaftliche Verlust dieses Privatisierungsprogramms ist gigantisch. Geschätzt wird, dass alleine durch die Restrukturierung des Finanzsektors 8,7 Milliarden US\$ verloren wurden.<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Center for Trade Union and Workers' Services: Message from the Egyptian Workers to all the Egyptian Democratic Powers, 03. März 2011, <http://ctuws.com/Default.aspx?item=840>. <sup>8</sup> Beinlin, Joel (2008): Arbeiterprotest, Neoliberalismus und Kampf für Demokratie, in: Inamo 55, Jg. 14, S. 9. <sup>9</sup> Wurzel, Ulrich G. (2011): Ägyptische Wirtschaftsreform, Version 4.3, in: Inamo Sonderheft, Jg. 17, S. 21. <sup>10</sup> Roll, Stephan (2008): Marionetten oder -spieler? Großunternehmer und Manager, in: Inamo 55, Jg. 14, S. 4.

Diese Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten einer kleinen Wirtschaftselite fand unter direkter Aufsicht von Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und USAID statt. Die «crony capitalists» konnten für ihre Transaktionen auf internationales Kapital, teilweise auch auf internationale Entwicklungskredite zurückgreifen.<sup>12</sup> Schließlich galt Ägypten, wie es der frühere US-Botschafter in Ägypten Daniel C. Kurtzer ausdrückte, den westlichen Staaten als «ökonomisches Wunder»<sup>13</sup>.

Ein Bericht der Weltbank hielt im Jahr 2008 fest: «It has become easier, faster, and, especially, less expensive to do business in Egypt.»<sup>14</sup> Das ägyptische Wirtschaftswachstum von jährlich durchschnittlich 7 Prozent in den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise kam jedoch bei der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht an. Für sie bedeuteten die Struktur- und Anpassungsprogramme und die damit einhergehende Aufkündigung des Sozialvertrags eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, wachsende Armut und ein stetiger Niedergang öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung. Der arabische Sozialismus des ehemaligen Präsidenten Gamal Abdel Nasser mit seinen ökonomischen Konzessionen an Bauern und Arbeiter wurde durch ein soziales «race to the bottom» abgelöst. Wie das Beispiel der Egyptian Company for Telephone Units veranschaulicht, hatten Privatunternehmer freie Hand, durch Entlassungen und das Vorenthalten von Leistungen ihre Profite zu maximieren.<sup>15</sup> Als die exklusiven Verträge mit dem Telekommunikationsdienstleister Etisalat ausliefen, stellte das privatisierte Unternehmen zunächst kurzerhand seine Arbeit und die Lohnzahlungen an die Arbeiter ein und wurde schließlich trotz der bisherigen hohen Profite liquidiert.

Häufig mussten Arbeiter bereits vor ihrer Einstellung eine Blanko-Kündigung unterschreiben, um so Entlassungen je nach Auftragslage zu ermöglichen. Schätzungen gehen davon aus, dass seit 1992 eine Millionen Menschen ihre Arbeit verloren haben.

Die Lohnentwicklung war rückläufig: zwar wurde der 1984 gesetzlich festgelegte Mindestlohn von 35 EGP durch einige Lohnerhöhungen verbessert und 2008 auf 400 EGP erhöht, aber die hohe Inflation führte dazu, dass die Real-löhne im Jahr 2006 niedriger waren, als im Jahr 1988.<sup>16</sup> Daran dürfte die im Vergleich zu den Lebenskosten minimale Erhöhung des Mindestlohns nichts verändert haben. Laut einem Bericht der Weltbank erhöhte sich in den Jahren, in denen die ägyptische Wirtschaft durchschnittlich 7 Prozent wuchs, der Anteil der in Armut (weniger als 2 US\$ am Tag) und absoluter Armut (weniger als 1 US\$ am Tag) lebenden Menschen zwischen 2000 und 2005 auf ein Fünftel der Bevölkerung, während der Anteil derjenigen, die nahe der Armutsschwelle leben (ebenfalls ca. 20 Prozent), leicht abnahm.<sup>17</sup> Andere Schätzungen gehen jedoch von wesentlich höheren Zahlen aus.

Der informelle Sektor spielte eine wesentliche Rolle bei der Absorption der wachsenden erwerbsfähigen Bevölkerung. 60 Prozent der 25 Millionen Arbeitskräfte arbeiteten auch heute noch im informellen Sektor und sind damit von Regelungen wie Mutterschutz, bezahltem Urlaub, Sozialversicherung und Mindestlohn ausgeschlossen. Die Arbeitslosigkeit<sup>18</sup> betrug im Jahr 2008 9 Prozent. Das waren fast alle Menschen, die zum ersten Mal Arbeit suchten. Arbeitslosigkeit ist also vor allem ein Problem der Jüngeren.

Im Jahr 2007 lag die Arbeitslosigkeit der 20–24-Jährigen mit 28 Prozent ein Vielfaches über der der 30–59-Jährigen (1,7 Prozent). Schätzungen gehen von einem steigenden Trend aus.<sup>19</sup>

Für das Mubarak-Regime war der Unmut der Bevölkerung über die wachsende soziale und ökonomische Ungleichheit vor allem ein Sicherheitsproblem. Während zwischen den Jahren 2000 und 2007 die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit (-25 Prozent), Bildung (-36 Prozent) und Soziales (-12 Prozent) zurückgingen, stiegen die Ausgaben für Verteidigung (+87 Prozent) und Sicherheit (+51 Prozent).<sup>20</sup> Die Notstandsgesetze, angeblich zur Terrorismusbekämpfung eingeführt, dienten der Unterdrückung der politischen und sozialen Opposition. Ägypten war ein gutes Beispiel dafür, dass die neoliberale Ausweitung unternehmerischer Freiheiten mit der Unterdrückung von Widerstand und der Beschneidung kollektiver Rechte einherging. Zwar wurden Staat und Unternehmer von der wachsenden Arbeiterbewegung immer wieder zu Konzessionen gezwungen, aber das Regime nutzte auch weiterhin repressive Mittel zur Eindämmung dieser Oppositionsbewegung.

Das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte bei den Protesten in Mahalla im April 2008 und die Schließung des *Center for Trade Union and Workers Services* wurde bereits erwähnt. Vereinigungsfreiheit und Tarifautonomie waren erheblich eingeschränkt<sup>21</sup>: Die Gründung von Gewerkschaften war nur unter dem Dachverband ETUF legal, der die Nominierung und Wahlen für Gewerkschaftsämter kontrollierte. Außerhalb der ETUF aktiv werdende Beschäftigte konnten von ihren Arbeitgebern problemlos gekündigt werden. Gültige Tarifvereinbarungen mussten einer nicht näher spezifizierten allgemeinen Ethik entsprechen. Gewerkschaften durften nicht politisch aktiv werden und legale Streiks waren praktisch unmöglich. Das Arbeitsrecht aus dem Jahr 2003 könnte zwar als Fortschritt interpretiert werden, da erstmals ein Streikrecht eingeräumt wurde. Dem waren allerdings sehr enge Grenzen gesetzt. Streiks durften nur in willkürlich definierten, nicht-strategischen Einrichtungen und Betrieben geführt werden, bedurften einer zehntätigen Vorankündigung und mussten von zwei Dritteln des ETUF-Vorstandes genehmigt werden. Beschäftigten in den Sonderwirtschaftszonen war die Gründung von Betriebsräten völlig untersagt.

**11** Leading financial institutions involved in Egyptian corruption scandals, Bikyamasr, 05. Mai 2011, <http://bikyamasr.com/wordpress/?p=33380>. **12** Ebd. **13** Kurtzer, Daniel C., in: Committee on Foreign Affairs (2008): The U.S.-Israel-Egypt Trilateral Relationship: Shoring Up the Foundation of Regional Peace, Hearing before the Subcommittee on the Middle East and South Asia of the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, U.S.A., May 21, 2008, Serial No. 110–183, S. 8. **14** The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank/(2007): Doing Business in Egypt 2008, Washington, S. 3. **15** Protesting Joblessness, in: Al-Masry Al-Youm, englische Ausgabe, 07. Dezember 2009, <http://www.almasryalyoum.com/en/node/5049>. **16** Said, Mona (2009): The Fall and Rise of Earnings and Inequality in Egypt, in: Ragui Assad (Hrsg.): Egypt's Labor Market Revisited, AUC Press, S. 55. **17** Arab Republic of Egypt (2007): A Poverty Assessment Update, The World Bank, Washington, S. 5. **18** International Labor Organization: Laborsta Datenbank, <http://laborsta.ilo.org/>, Geneva. **19** International Labour Office (2010): Global Employment Trends for Youth, Geneva, [http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_emp/---emp\\_elm/---trends/documents/publication/wcms\\_143349.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---emp_elm/---trends/documents/publication/wcms_143349.pdf). **20** Center for Economic and Social Rights (2009): Egypt – Fact Sheet No. 10, Madrid/Brooklyn, [www.cesr.org](http://www.cesr.org). **21** International Trade Union Conference (2009): Annual Survey of Trade Union Rights, Egypt, <http://survey09.ituc-csi.org/survey.php?IDContinent=1&IDCountry=EGY&Lang=EN>. **22** Statement by the EFITU: In Celebration of the 1st May, World Labor Day, Center for Trade Union and Workers Services, 01. Mai 2011, <http://www.ctuws.com/Default.aspx?item=897>.

## **EIN NEUER MORGEN? DIE ARBEITERBEWEGUNG NACH DER REVOLUTION**

Die Revolution hat der Arbeiterbewegung neue Freiräume verschafft. Eine Presseerklärung der unabhängigen Gewerkschaft verkündete ein Ende der «Tage der Unterdrückung und der Angst».<sup>22</sup> Auch nach dem Sturz Mubaraks gingen die Streikaktivitäten ununterbrochen weiter. Es gibt keinen Tag, an dem nicht in mehreren Betrieben von den Arbeitern organisierte Streiks für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen durchgeführt werden. Selbst Kennern der Arbeiterbewegung ist es nicht möglich, einen Überblick über alle Aktivitäten zu behalten. Das *Center for Trade Union and Workers Services* hat alle Hände voll zu tun, die Arbeiter bei ihren Verhandlungen mit dem Management und ihrer Organisierung zu unterstützen. In manchen Betrieben, deren Besitzer im Laufe der Revolution aus Ägypten geflohen sind, wird die Produktion von den Arbeitern selbst-organisiert fortgeführt.

Am 1. Mai 2011 konnten Arbeiterinnen und Arbeiter das erste Mal in der Geschichte Ägyptens den Internationalen Arbeitertag mit unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen begehen. Gemeinsam mit verschiedenen sozialistischen Gruppierungen feierten sie auf dem Tahrir-Platz in Kairo.

Bereits in den Anfangstagen der Revolution kündigten die vier unabhängigen Gewerkschaften die Gründung des Dachverbandes *Egyptian Federation of Independent Trade Unions (EFITU)* an. Inzwischen verfügt der im März gegründete Dachverband über 12 Gewerkschaften mit insgesamt 250.000 Mitgliedern. Ziel ist, bis Oktober diesen Jahres auf drei Millionen Mitglieder zu kommen. Neben den vier bereits vor der Revolution bestehenden Gewerkschaften haben sich nun unabhängige Gewerkschaften unter anderem im öffentlichen Transportwesen, in Krankenhäusern, im Textilsektor und für Seefahrer gegründet. Darüber hinaus ist die Gründung von weiteren 20 unabhängigen Gewerkschaften, unter anderem für die Beschäftigten in den Sektoren Tourismus, Zement, Petroleum und im öffentlichen Dienst geplant. Der industrielle Sektor ist allerdings nach wie vor unterrepräsentiert.

Auf ihrer Gründungskonferenz in Kairo hat die EFITU ihre Forderungen bekannt gegeben. Diese beinhalten Maßnahmen zur Verringerung der sozialen Ungleichheit in der ägyptischen Gesellschaft (Erhöhung des Mindestlohns, Verringerung des Abstands zwischen Mindest- und Höchstlohn, Preiskontrollen), die Einführung eines sozialen Sicherheitssystems (Arbeitslosenunterstützung, Gesundheitsversorgung), die Verbesserung der rechtlichen Absicherung von Arbeitsverträgen (Kündigungsschutz, Überführung von Zeitarbeitsverträgen in feste Beschäftigungsverhältnisse), die Etablierung kollektiver Rechte (Streikrecht, Vereinigungsfreiheit, Auflösung der regimetreuen Gewerkschaften) und die Beendigung der neoliberalen Ära (Renationalisierung privatisierter Unternehmen unter demokratischer Kontrolle, Entlassung korrupter Manager, die unter der Ägide Mubaraks meist den Ausverkauf nationaler Unternehmen betrieben). Bei den Forderungen der Gewerkschaften handelt es sich keineswegs um radikale, sondern um Minimalforderungen. Erreicht werden sollen die Transformation zur Demokratie und die politische und soziale Teilhabe der ägyptischen Bevölkerung.

Von der Militärregierung wurden bereits kleinere Zugeständnisse gemacht. Einige Manager wurden aus ihren Positio-

nen entfernt, die Einführung eines – von den unabhängigen Gewerkschaften als unzureichend bezeichneten – Mindestlohns von 700 EGP wurde angekündigt, und die Sozialausgaben wurden erhöht. Es wird darüber hinaus überlegt, einen Fonds für Arbeitslosenunterstützung und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für 750.000 HochschulabsolventInnen einzurichten.<sup>23</sup> Insgesamt muss diese Entwicklung jedoch noch als unzureichend bezeichnet werden. Die unabhängigen Gewerkschaften stehen bei der Durchsetzung ihres Programms immer noch vor großen Herausforderungen.

## **DIE STÄRKE DER ÄGYPTISCHEN REVOLUTION IST IHRE HEUTIGE SCHWÄCHE**

Die politischen Strömungen und die klassenübergreifende Mobilisierung sowie die dezentrale Organisation der Opposition war eine wesentliche Stärke der Revolution. Die politische Entfremdung vom Mubarak-Regime reichte bis in die Oberschicht hinein und der Kampf um Würde wurde zu einem die Klassendifferenzen transzendierenden Ziel. Ermöglicht wurde diese Einheit durch Aktionsformen, die ab Anfang dieses Jahrtausends langsam entstanden. Die verschiedenen politischen Strömungen sind seit Jahren in Netzwerken aktiv, die außerhalb formaler Strukturen agieren und durch ihre dezentrale Organisation eine hohe politische und organisatorische Flexibilität aufweisen.

Die Untergliederungen konnten aufgrund ihrer Autonomie oftmals unbemerkt von den Autoritäten der jeweiligen Situation angemessene Aktionsformen mit großer Ausstrahlung entwickeln, die zu einer breiten Mobilisierung führten. Ansprechende Aktionsformen führten auch zur Beteiligung und Politisierung von gesellschaftlichen Gruppen, die bis vor kurzem nicht zu einer direkten Konfrontation mit dem ägyptischen Sicherheitsapparat bereit waren. Die Gestaltungsanforderungen nach der Revolution führen jedoch zum organisatorischen und politischen Auseinanderfallen dieser Bewegung.

Die notwendige Institutionalisierung der Opposition verdeutlicht die mangelnde politische Kohärenz dieser Netzwerke. Die Folge ist eine Zersplitterung in eine Vielzahl verschiedener Parteien. Der gemeinsame Kampf um Würde weicht einer Differenzierung entlang ideologischer Linien. Die Folge dieser unübersichtlichen Übergangsphase ist nicht nur ein momentanes politisches Vakuum, in dem die alten Netzwerke nicht mehr funktionieren, neue Strukturen aber noch nicht konstituiert sind. Die Folge der Reorganisation der revolutionären Koalition entlang neuer ideologischer Linien könnte so auch zu einer politischen Marginalisierung der in der Revolution entscheidenden Arbeiterbewegung führen.

Damit zusammenhängend stellt sich die Frage, durch welche politischen Organisationen und Parteien die Arbeiterbewegung repräsentiert werden könnte. Ohne die Konstituierung progressiver Kräfte ist es sehr wahrscheinlich, dass die etablierten Kräfte an der Macht bleiben. Gerade die Arbeiterbewegung legte lange Zeit großen Wert auf ihre politische Unabhängigkeit. Dies beruhte zum einen auf ihrer Stärke und ihrer Mobilisierungsfähigkeit. Zum anderen gab es auch eine berechtigte Vorsicht und Misstrauen gegenüber den vor der Revolution institutionalisierten politischen Kräften, da Lega-

<sup>23</sup> Finance Minister: Saudi Arabia offers US\$ 200 million in aid, Al-Masry Al-Youm, englische Ausgabe, 19. Mai 2011, <http://www.almasryalyoum.com/en/node/444276>.

lität gleichzeitig Kooperation mit dem Mubarak-Regime bedeutete. Inzwischen gibt es neben dem Dachverband EFITU weitere politische Kräfte wie die Partei *Sozialistische Volksallianz*, die *Demokratische Arbeitspartei* und die *Sozialistische Partei Ägyptens*, die den Anspruch erheben, die Arbeiterklasse zu vertreten. Hoffnungsvoll stimmt das Vorhaben der verschiedenen sozialistischen Parteien, für die kommenden Wahlen ein Bündnis schließen zu wollen. Offen bleibt jedoch, ob diese Parteien in der Lage sind, in der kurzen Zeit bis zu den Wahlen effiziente Organisationsstrukturen aufzubauen und in die Masse der Arbeiterinnen und Arbeitern zu wirken. Die Bereitschaft, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, führt schließlich nicht zwangsläufig zur Offenheit gegenüber einer sozialistischen Agenda.

### **DIE KONTERREVOLUTION IST IN BEWEGUNG**

Am 1. Mai wurden die Feierlichkeiten zum Internationalen Arbeitertag auf dem Tahrir-Platz durch gewalttätige Übergriffe gestört, die vermutlich von der regimetreuen ETUF organisiert wurden.<sup>24</sup> Die Auflösung der ETUF ist eine der zentralen Forderungen des neuen unabhängigen Gewerkschaftsdachverbands. Der Grund, dass nicht auf eine langsame Delegitimierung der ETUF durch eine Abstimmung der Arbeiter mit den Füßen gesetzt wird, liegt darin, dass die existierenden Strukturen und die nach wie vor zugeteilten finanziellen Mittel für konterrevolutionäre Kräfte genutzt werden. Gerüchten zufolge versucht auch der wirtschaftsnahe Flügel der Muslimbruderschaft, die ETUF zu infiltrieren, um diese für die eigene Machtakkumulation zu nutzen.

Das Weiterbestehen der ETUF ist nur ein Beispiel für die Kontinuität der alten Institutionen und den bisher wenig substantiellen Wandel nach der Machtübernahme des Militärs. Die Aktivitäten des Militärrats zeichnen sich aus durch Langsamkeit, wo Eile, und durch Eile, wo Behutsamkeit angebracht wäre. Trotz der Äußerungen des Militärrats, die Forderungen als legitim anzuerkennen und die Demokratisierung lediglich übergangsweise zu begleiten, sind von den Forderungen der revolutionären Kräfte bisher nur wenige – sehr langsam und nur teilweise – umgesetzt worden.

Das schnelle Anberaumen der Parlamentswahlen setzt dagegen die neuen politischen Kräfte erheblich unter Druck, sich innerhalb kürzester Zeit zu etablieren und begünstigt die alten, mit dem Mubarak-Regime verflochtenen politischen Kräfte. Das durchgepeitschte Verfassungsreferendum beinhaltet nicht nur lediglich kosmetische Korrekturen und verändert an der undemokratischen Machtakkumulation im Präsidentenamt wenig, es hat auch eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über die zukünftige Ausgestaltung des Staates verhindert. Hinzu kommen Aktivitäten des Militärrats, die als offene Angriffe gegen die revolutionären Kräfte und hier insbesondere gegen die Arbeiterbewegung gewertet werden können. Die Übergriffe gegen Demonstranten und die Gängelung und Verhaftung von Aktivisten hat systematischen Charakter.

Das neue Parteiengesetz schreibt vor, dass eine neue Partei die Gesamtbevölkerung repräsentieren und mindestens 5.000 Mitglieder besitzen muss, deren Namen bei der vorgeschriebenen Bekanntmachung der Parteigründung in zwei Tageszeitungen veröffentlicht werden müssen. Sowohl die hohen Kosten einer solchen Anzeige als auch die Vorgabe, die Gesamtbevölkerung zu repräsentieren, droht Parteien, die

die Vertretung von Arbeiterinteressen zum Ziel haben, von einer Teilnahme an den Parlamentswahlen auszuschließen. Schließlich hat der Militärrat seinem Ruf nach Stabilität durch die Verabschiedung eines Erlasses Nachdruck verliehen, mit dem Proteste kriminalisiert werden, die die Arbeit in öffentlichen und privaten Einrichtungen behindern. Demnach kann der Aufruf, die Unterstützung oder die Teilnahme an solchen Protesten mit einer Gefängnisstrafe oder einer Geldstrafe von umgerechnet bis zu rund 70.000 Euro geahndet werden. Bisher wird dieser Erlass allerdings nicht angewandt. Das Zögern ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Arbeiter durch ihre anhaltende Mobilisierung Fakten geschaffen haben und der Militärrat sowohl international als auch national negative Reaktionen befürchtet.

Interessanterweise stimmen der Militärrat auf der einen Seite und liberale Flügel der Demokratiebewegung auf der anderen Seite in der negativen Einschätzung der Streiks überein. Gerüchte und Mutmaßungen, die auch von den Medien verbreitet werden, dass es sich bei den Streiks um Versuche einer Konterrevolution handele und die Arbeiter unter dem Einfluss der alten politischen Garde versuchten, das Land zu destabilisieren, sind Anzeichen dafür, dass die politische Verunsicherung sehr groß ist und Streiks nach wie vor nicht als legitimes Mittel in politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen akzeptiert sind. Sie zeigen auch, dass es zu Zeiten des Mubarak-Regimes zwar oft zu einem Bündnis aus Arbeiteraktivisten und Demokratieaktivisten kam, jedoch keine Verbindung auf der Ebene der politischen Forderungen und Ziele entstanden ist. Gründe hierfür sind sicherlich in der politischen Vielfalt der Protestbewegung zu suchen.

Das ausgesuchte Interesse des Militärrats an der Beendigung jeglicher Arbeiterproteste liegt auch in den ökonomischen Interessen des Militärs begründet. Das Militär ist heute einer der bedeutendsten Wirtschaftsakteure in Ägypten und betreibt Industriebetriebe, Einkaufszentren und Hotelanlagen. Es gibt keinen Grund dafür anzunehmen, dass die negative Einstellung gegenüber Arbeiterrechten und die Sklavenhaltermentalität der ägyptischen Unternehmerschaft beim Militär weniger stark ausgeprägt sind.

### **DIE TÖDLICHE UMARMUNG DES WESTENS – VERPFLICHTUNG AUF FREIE MARKTWIRTSCHAFT**

Nachdem die westlichen Staaten jahrzehntelang die Diktaturen im Nahen Osten und in Nordafrika unterstützten und dies in vielen Fällen noch tun, gerieren sich die USA und die EU heute als Unterstützer des demokratischen Wandels. Das eine wie das andere ist von Paternalismus geprägt. Wurden die Diktaturen vom Westen lange Zeit mit der drohenden Gefahr des Terrorismus und als Zeichen einer kulturell verankerten Demokratieunfähigkeit legitimiert, präsentiert sich der Westen nun als Träger des Vorbildmodells nach dem letztlich doch alle streben und zu dessen Ausbreitung gerne ein Beitrag geleistet wird. Geflissentlich ignoriert wird dabei, dass diese Revolution Konsequenz einer neoliberalen Politik ist, die maßgeblich von der EU und den USA durchgesetzt und unterstützt wurde. Der plötzlich neu entdeckten Liebe zum demokratischen Wandel in dieser Region liegt eine Strategie zugrunde, die angesichts der Unaufhaltsamkeit dieser

<sup>24</sup> May Day Egypt: Statement of the ETUC and PSI, Center for Trade Union and Workers Services, 01.05.2011, <http://www.ctuws.com/Default.aspx?item=900>.

Massenbewegung versucht, fundamentalen Wandel zu verhindern. Die US-Botschafterin in Ägypten Margaret Scobey warnte in einem Interview mit Ahram Online<sup>25</sup> folgerichtig vor einer Rückkehr zur Nationalisierung von Industrien und betonte den Beitrag von Privatisierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen, sozialer Gerechtigkeit und zur demokratischen Transformation in vielen Ländern. Richtig ist, dass die Privatisierungspolitik einen großen Anteil an dem Entstehen einer Demokratiebewegung hatte, aber eben weil sie gerade nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen und sozialer Gerechtigkeit führte. Die dieser Aussage zugrundeliegende Warnung sollte aber angekommen sein.

Der Arbeiterbewegung mit ihrer Forderung nach Vergesellschaftung der ehemals privatisierten Unternehmen und Begrenzung der Ungleichheit stehen schwere Zeiten bevor. Trotz kleinerer Konzessionen hat sich auch der Militärrat zur Fortführung der «freien Marktwirtschaft» verpflichtet. Davon zeugen allein der kürzlich vereinbarte Kredit des IWF über 3 Milliarden US\$<sup>26</sup> und der Schuldenerlass der USA von einer Milliarde US\$<sup>27</sup>. Sicherlich sollen diese freiwerdenden Mittel der Militärregierung den nötigen finanziellen Spielraum geben, um auf einige der Forderungen der Demokratiebewegung eingehen zu können, sie dürften jedoch mit dem Versprechen eingekauft worden sein, keine grundsätzlichen Änderungen am schon vor Jahrzehnten eingeschlagenen ökonomischen Pfad vorzunehmen.<sup>28</sup> Dies geschieht durchaus mit dem Einverständnis der Teile der Mittel- und Oberschicht, die im Namen freiheitlicher Rechte an den Protesten teilgenommen haben, aber sich von einer demokratisierten Privatisierungspolitik erhoffen, endlich auch einen Stück vom Kuchen abzubekommen.

Vielen unabhängigen Gewerkschaftern ist klar, dass Ägypten aufgrund seiner hohen Auslandsverschuldung die Verbindungen zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank nicht so schnell abrechen kann. Ihnen ist aber ebenfalls klar, dass die Durchsetzung von Alternativen eine Frage nationaler und internationaler Kämpfe und von politischen Kräfteverhältnissen ist. Sie hoffen, durch einen Kampf in den Betrieben genug Druck für einen ökonomischen und sozialen Wandel herstellen zu können. Sie wissen aber auch, dass das globale Wirtschaftsdiktat nur international gebrochen werden kann. Die politischen Auseinandersetzungen in Griechenland und Spanien werden daher mit großem Interesse verfolgt.

## **DIE SOZIALE REVOLUTION MUSS ERST NOCH KOMMEN**

Die Zukunft der Arbeiterbewegung und der weitere Verlauf der ägyptischen Revolution sind untrennbar miteinander verbunden. Die Durchsetzung der ökonomischen und sozialen Forderungen der Arbeiterbewegung wird entscheidend für den Erfolg der ägyptischen Revolution sein. Sollte es der Arbeiterbewegung nicht gelingen, im Zuge des demokratischen Transformationsprozesses zugleich ihre ökonomischen und sozialpolitischen Ziele durchzusetzen, werden sich Millionen betrogen fühlen. Der Ausgang ist keineswegs klar. Entscheidend wird in den nächsten Monaten sicherlich sein, ob die Bewegung dazu in der Lage ist, den Druck aufrechtzuerhalten, um die Tentakel des alten Regimes endgültig abzuschütteln und um dauerhafte Strukturen zu etablieren, die die verschiedenen progressiven Kräfte bündeln. Viele

vertrauen in das neugewonnene politische Bewusstsein der Ägypter und hoffen, dass sich diese nicht mehr mit halben Reformen zufrieden geben. Der Erfolg der ägyptischen Revolution wird jedoch nicht nur von innen angefochten. Eine große Herausforderung liegt auch außerhalb Ägyptens. Es ist kaum denkbar, dass die westlichen Staaten sang- und klanglos von dieser wichtigen Bühne abtreten. Hier sind alle emanzipatorischen Kräfte aufgefordert, praktische Mittel zu finden, um diese Revolution zu unterstützen – nicht nur durch Solidaritätserklärungen, sondern auch, indem sie ihre eigenen Staaten zur Verantwortung ziehen, wenn sie im Namen von Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik den Zufluss von Geldmitteln von der Willfährigkeit der politischen Regime, den westlichen Interessen zu dienen, abhängig machen.

25 A return to nationalization «a huge disinvestment into future», Ahram Online, 22.05.2011, <http://english.ahram.org.eg/News/12599.aspx>. 26 Egypt seals US\$ 3 billion IMF accord, Al-Masry Al-Youm, englische Ausgabe, 05. Juni 2011, <http://www.almasryalyoum.com/en/node/464533>. 27 Obama preist Demokratiebewegung – Schuldenerlass für Ägypten, Die Zeit, 19. Mai 2011, <http://www.zeit.de/news-052011/19/iptc-hfk-20110519-115-30465048.xml>. 28 Bond, Patrick (2011): Economic Attacks against Arab Democracies, Rosa-Luxemburg Foundation in Palestine, <http://www.palestine.rosalux.org/publication/37588/economic-attacks-against-arab-democracy.html>.

Stefanie Fischbach ist Sozialwissenschaftlerin und ehemalige Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie beschäftigt sich mit gewerkschafts- und sozialpolitischen Themen.

## **NACHTRAG**

Am 20. Juni, kurz nach Fertigstellung dieses Artikels durch die Autorin, erklärte die ägyptische Planungsministerin, Fayza Abul Naga, dass ihre Regierung einen Weltbankkredit zurückweise. Die daran geknüpften Bedingungen seien mit den Zielen der Revolution nicht kompatibel. Siehe <http://www.almasryalyoum.com/en/node/469888>. (Peter Schäfer)

## **IMPRESSUM**

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127  
Fax -122 · [m.schuetrumpf@rosalux.de](mailto:m.schuetrumpf@rosalux.de) · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)

## **IN DER REIHE «STANDPUNKTE 2011»**

### **BEREITS ERSCHIENEN:**

01/2011  
JÖRN SCHÜTRUMPF  
Rosa Luxemburg oder: die Freiheit der Andersdenkenden

02/2011  
JOCHEN WEICHOLD  
Der Höhenflug der Grünen –  
eine Herausforderung für DIE LINKE?

03/2011  
AXEL TROOST  
Quo vadis Finanzreform?  
Die Vorhaben zur Regulierung der internationalen  
Finanzmärkte und was daraus geworden ist

04/2011  
MICHAELA KLINGBERG  
Der Sockel des Kaisers muss es sein

05/2011  
ROLF GÖSSNER  
Im Geist des Kalten Krieges –  
im Namen der «streitbaren Demokratie»  
Bundesverwaltungsgericht: Verfassungsschutz-Beobachtung  
Bodo Ramelow (MdB) und der Linkspartei ist rechtmäßig

06/2011  
FRIEDRICH BURSCHEL  
Geld gegen Gesinnung. Bundesförderung gegen alle  
möglichen «Extremismen» gibt es künftig nur noch nach  
einem ideologischen Kotau

07/2011  
SARAH SCHULZ  
Vom Werden der fdGO. Das SRP-Verbotsurteil von 1952

08/2011  
ALEXANDRA MANSKE  
Die «Neu-Erfindung» der Arbeitsgesellschaft  
Erosion und Beharrung in den Geschlechterverhältnissen

09/2011  
HANS THIE  
EXIT statt EXITUS  
Das rote Projekt für den grünen Umbau in 16 Leitsätzen

10/2011  
MICHAEL BRIE  
Rosa Luxemburgs Symphonie zur russischen Revolution

11/2011  
ULRICH BUSCH  
Perspektiven der deutsch-deutschen Konvergenz bis 2020

12/2011  
MARCUS HAWEL  
Politische Bildungsarbeit zu Konfliktzonen  
Anregungen zur Schaffung emanzipatorischer Räume

13/2011  
JENS ZIMMERMANN UND REGINA WAMPER  
Völkisch und sozial?  
Neonazistische Agitation gegen die neue EU-Freizügigkeit  
für ArbeitnehmerInnen

14/2011  
WALTER RÖSLER  
Eigentum – eine Grundfrage der sozialistischen Bewegung

15/2011  
Energiekämpfe I: Vielfalt in Bewegung

16/2011  
DIETER KLEIN  
Kein Wachstum – der schwierige Fortschritt  
künftiger Transformation

17/2011  
Politiken des (Post)Wachstum

18/2011  
Gerecht und mit System: Vorschläge der LINKEN für  
einen sozial-ökologischen Umbau jenseits des  
Wachstumszwangs

19/2011  
RENÉ JOKISCH, MATTHIAS MONROY  
Wikileaks – Bewegung im Fall Bradley Manning

20/2011  
HELMUT MATTHES  
Eine vorläufige Bilanz der Finanzkrise

21/2011  
PETER BIERL  
Tierrechts-Bewegung auf Abwegen  
Ein Debattenbeitrag aus Anlass der fragwürdigen Ehrung des  
Bioethikers Peter Singer durch die Giordano-Bruno-Stiftung

### **STANDPUNKTE INTERNATIONAL 2011**

01/2011  
MARTIN GLASENAPP: Die Grammatik Der Migration:  
Ressourcenraub und wachsende Mobilität im westlichen  
Afrika

02/2011  
BENJAMIN LUIG: Die Spielregeln des Landraubs:  
Zur politischen Ökonomie des Landgrabblings in Westafrika

03/2011  
MAGUËYE KASSÉ. Macht.Politik.Ressourcen. Ein halbes  
Jahrhundert (un)abhängige Entwicklung in Afrika

04/2011  
ANNA-MARIA BOULNOIS, KEN HENSHAW  
Wahlen in Nigeria – Ein Erfahrungsbericht

05/2011  
GREGORY WILPERT  
Zwölf Jahre Bolivarische Revolution

06/2011  
RAINER SCHULTZ  
Kuba: Winds of Change nach dem Parteitag?

07/2011  
Anne Steckner, Corinna Trogisch  
Parlamentswahlen 2011 in der Türkei  
über Versuche gesellschaftlicher Allianzen  
«von oben» und «von unten»